

NBN Skandal – Arroyo weiterhin unter Druck

Der Korruptionsskandal um das *National Broadband Network* (NBN) weitet sich aus. Nachdem der Kronzeuge und ehemalige Mitarbeiter der *National Economic and Development Authority* (NEDA), Jun Lozada Jr., zunächst untergetaucht war, wurde er nach eigenen Angaben bei seiner Rückkehr aus Hongkong am Flughafen in Manila von Sicherheitskräften entführt. Nach 24 Stunden sei er schließlich freigekommen. Jun Lozada ist nun unter den Schutz des Senats gestellt und sagt dort vor einem Untersuchungsausschuss aus.

Opposition, Zivilgesellschaft und Teile der Kirche werfen Präsidentin Arroyo nun Einflussnahme sowie den Versuch der Vertuschung und die Verantwortung für die Entführung Lozadas vor. Auch die *Catholic Bishops Conference of the Philippines* (CBCP) hat zu einem Kampf gegen Korruption aufgerufen, die Verantwortung für diesen Kampf jedoch der Präsidentin übertragen. Dem Ehemann der Präsidentin, Mike Arroyo, wird vorgeworfen, bei Vertragsabschluss

70 Millionen US-Dollar Schmiergelder verlangt zu haben. Der Sohn des ehemaligen Parlamentspräsidenten Jose de Venecia hatte ursprünglich die Vorwürfe erhoben und erste Hinweise über den Skandal gegeben (siehe Nachrichten *südostasiens* 4/07).

Auch der Vorgesetzte Jun Lozadas, Romulo Neri, soll Informationen über die Verwicklung von Mike Arroyo in die Schmiergeldaffäre haben. Aufgrund des Exekutivordners 464 darf Neri jedoch nur nach Zustimmung der Präsidentin vor Untersuchungsausschüssen aussagen. Der Oberste Gerichtshof prüft nun, ob EO 464 in seinem Fall greift.

Weiterhin wurde Jose de Venecia von seinem Amt als Parlamentspräsident durch ein Amtsenthebungsverfahren entlassen. Er wirft Präsidentin Arroyo vor, auf Grund der Hinweise seines Sohnes im NBN-Skandal, de Venecia bestrafen zu wollen. Seinem Nachfolger Nograles wird nachgesagt, der Regierung nahe zu stehen.

vgl. PDI 8.2.08, 22.2.08, 27.3.08

Kein terroristischer Anschlag in Glorietta?

Der Abschlussbericht der philippinischen Polizei (PNP) bestätigt ihre eigene Theorie, dass die Explosion in der Glorietta Mall II nicht durch eine Bombe oder einen terroristischen Anschlag verursacht worden ist. Austretendes Gas im Untergeschoss, das sich durch Funken einer automatischen Schaltung entzündete, habe zu den zwei Explosionen geführt. Die hervorgerufenen Erschütterungen in der Mall in Makati City töteten im Oktober 2007 elf Personen und verletzten 108 weitere. Es wurde bereits Anklage gegen 15 Personen erhoben,

darunter auch Mitarbeiter der in der Mall eingemieteten *Makati Supermarket Corporation*, sowie einige Feuerwehrleute, die an den Hilfsmaßnahmen nach den Explosionen beteiligt waren. Jaime Ayala, Präsident der Ayala Land Inc. und Eigentümer der Shopping Mall, hingegen widerspricht der These eines Industrieunfalls. Er sagte aus, dass ein Pächter sowohl vor als auch kurz nach den Explosionen Bombendrohungen per SMS bekommen habe.

vgl. PDI, 11.1.08, 19.2.08

Kampf um Land in Sumilao geht weiter

Der Kampf zwischen Bauern aus Sumilao und der *San Miguel Foods Inc.* um 144 Hektar Land scheint kein Ende zu nehmen. Nachdem der aufsehenerregende 1700 Kilometer lange Protestmarsch einer Gruppe von Bauern aus Sumilao die Präsidentin veranlasst hatte, das umstrittene Land in einer Regierungsanordnung als landwirtschaftliche Nutzfläche zu klassifizieren, legt nun *San Miguel Foods Inc.* (SMFI) Protest ein. Die Firma ficht die Regierungsanordnung vom Dezember 2007 mit dem Argument an, dass die Regierung keine rechtliche Befugnis besitzt, das umstrittene Land neu einzustufen.

Die Gesellschaft kaufte im Jahr 2002 das als Agrarindustriefläche klassifizierte Grundstück von der *Norberto Quisumbing SR Management and Development Corporation* (NQRMD) und plante, eine Schweinezucht aufzubauen. Die Bauern von Sumilao beanspruchen diese 144 Hektar jedoch als ihren Besitz, da er ihnen im Jahr 1988 mit der Einführung der umfassenden Agrarreform zugestanden wurde.

Die SMFI legte einen 30-seitigen Antrag auf nochmalige Prüfung der Anordnung am 18. Januar 2008 vor. Die Bauern selbst betrachten die Regierungsanordnung lediglich als einen ersten Sieg. Denn der Regierungs-Direktive fehlt eine Unterlassungsanordnung, welche die fortlaufende Errichtung der Gebäude für die Schweinemast unterbindet. Ein Ende der Auseinandersetzung ist noch nicht in Sicht.

vgl. PDI, 18., 19.12.07, 10.1.08; asianfarmers.org, 8.10.07

Anschläge auf Bergbaufirmen

Etwa 2500 Menschen aus Davao-Oriental wurden Anfang Februar aufgrund von zunehmenden militärischen Operationen der philippinischen Armee (AFP) gegen die kommunistische *New People's Army* (NPA) aus ihren Gemeinden vertrieben. Die Menschenrechtsorganisation *Karapatan* sagt, dass dabei zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Das Militär bombardierte Gebiete der Zivilbevölkerung und führte unter anderem illegale Verhaftungen durch.

Als Antwort auf die Förderung ausländischer Investments im Bergbausektor durch Präsidentin Arroyo, zielen die Aktivitäten der NPA auch gegen ausländische Bergbauunternehmen, die in den Philippinen tätig sind. Vor allem Davao-Oriental ist als mineralienreiche Provinz bekannt, die bereits mehrere transnationale Bergbauunternehmen anzog. Anfang Januar 2008 griffen Mitglieder der NPA den Hauptsitz einer Bergbaufirma in Tampakan an. Präsidentin Arroyo gab nun öffentlich bekannt, eine *Investment Defense Force* (IDF) aufzustellen, für die Soldaten zum Schutz von Bergbaubetrieben sowie anderen Projekten ausländischer Investoren abgestellt werden sollen.

vgl. PDI 23.1.08, 10.2.08

»Garci-Tapes« dürfen veröffentlicht werden

Am 15. Februar erklärte der Oberste Gerichtshof das Verbot der Nationalen Telekommunikationsgesellschaft (NTC), das abgehörte Gespräch zwischen Arroyo und dem ehemaligen Mitarbeiter der Wahlkommission, Virgilio Garcillano, zu veröffentlichen, als verfassungswidrig. Mit Mehrheit wurde die Anordnung der NTC als Beschränkung der Presse- sowie der Redefreiheit abgewiesen. Bisher durfte die aufgezeichnete Konversation über die Wahlmanipulation im Jahr 2004 nicht öffentlich abgespielt werden.

vgl. PDI 15.2.08, abs-cbn 16.2.08

Trotz Waffenstillstand: Krieg ist dreckig

Bei einer militärischen Operation der Marine auf Sulu wurden im Barangay Ipil in Maimbung am vierten Februar 2008 sieben Zivilist/innen getötet. Teile der *Navy Special Warfare Group*, der *Army Light Reaction Company* und der US-Truppen vermuteten dort Mitglieder der *Abu Sayyaf Gruppe* (ASG) und ihre Geisel Rosalinda Lao, eine chinesisch-stämmige Geschäftsfrau aus Tawi-Tawi. Soldaten der AFP zufolge ist Barangay Ipil ein bevorzugter Transitpunkt und Umladepunkt für Geiseln, auf dem ab und an hochrangige Mitglieder der ASG gesichtet werden.

Im Verlauf der Ereignisse am vierten Februar kamen sieben Menschen ums Leben, darunter neben einem beurlaubten Soldaten auch vier Kinder sowie eine schwangere Frau. Es wurden weder Mitglieder der ASG dingfest gemacht, noch die Geisel gefunden. Fünf Tage nach dem Vorfall kamen bei einer der größten Kundgebungen in Sulu 10.000 Menschen in Jolo zusammen, um für den Frieden zu demonstrieren. Mitglieder von zivilgesellschaftli-

chen Organisationen sprachen von einem »Massaker an Zivilisten«, das der moralischen Erosion in den Reihen des Militärs zuzuschreiben sei. Sowohl die philippinische Menschenrechtskommission CHR als auch das Militär (AFP) haben Untersuchungsmissionen nach Maimbung gesandt. Im Vordergrund der Untersuchung des Teams der AFP standen allerdings die Vorwürfe der direkten Beteiligung von US-Truppen. Augenzeugen wollen bei dem Einsatz mindestens vier US-Soldaten ausgemacht haben. Bis jetzt leugnen sowohl das philippinische Militär als auch die US-amerikanische Botschaft in Manila die direkte Beteiligung US-amerikanischer Soldaten.

Seit 2006 sind US Truppen in Sulu stationiert, um lokale Kräfte im Kampf gegen *Abu Sayyaf* Mitglieder zu trainieren und humanitäre Missionen durchzuführen. Eine direkte Beteiligung an militärischen Einsätzen ist ihnen jedoch verboten.

vgl. PDI 2.1.08, 8.2. 08; Mindanews Online 12.2.08; abs-cbnnews 12.2.08

Zunahme chinesischer Kredite

China könnte bald an die Stelle Japans als wichtigster ausländischer Kreditgeber treten. Seit dem Beginn der bilateralen Kooperation zwischen China und den Philippinen vor fünf Jahren wächst die Höhe der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA). Für 2007 wurden laut den Zahlen der *National Economic and Development Authority* (NEDA) bereits 2,21 Milliarden US-Dollar vergeben, NEDA-Direktor Augusto B. Santos begründete dieses Wachstum mit den wesentlich günstigeren Konditionen chinesischer Kredite im Gegensatz zu denen multilateraler Organisationen

wie der *Asian Development Bank* (ADB) und der Weltbank. Zusätzlich sind die chinesischen Darlehen mit weniger strengen ökonomischen und sozialen Auflagen verbunden. Während Japan im letzten Jahr noch 3,2 Milliarden US-Dollar Kredite vergab, so waren es bei der ADB 1,98 und bei der Weltbank 1,7 Milliarden US-Dollar. Die finanzielle Unterstützung Japans nimmt jedoch aufgrund der Portfolio-Sanierung der *Japan Bank for International Cooperation* ab.

vgl. Business World, 3.12. 07, ABS-CBN 15.2.08